

Ignacio Sotelo

Die politische Kultur Deutschlands und Spaniens und ihre geschichtliche Entwicklung

Die politische Kultur Deutschlands und Spaniens ist sehr unterschiedlich, um nicht zu sagen, gegensätzlich ist. Aber bevor ich auf diese These eingehe, möchte ich einige Überlegungen zum Thema „politische Kultur“ anzustellen. Seit nun schon mehr als 40 Jahren verwendet man diesen Begriff und bezieht ihn sowohl auf territoriale Einheiten (man spricht von der politischen Kultur Spaniens, Frankreichs, Englands, Andalusiens), als auch auf soziale Gruppen (man spricht von der politischen Kultur der Arbeiterklasse, der Beamten, einer politischen Partei). Das dem Begriff zugrunde liegende Konzept entstand in den USA, wo die Politologen Gabriel A. Almond, Sidney Verba und Lucian W. Pye das Ziel verfolgten, die subjektive Dimension der Politik wie Glaubenssätze, Werte und Verhalten, in die politische Wissenschaft mit einzubeziehen und individuelles politisches Verhalten zu erklären, also z. B. die Beteiligung, Indifferenz oder kritische Distanz von Seiten der Bürger gegenüber der Politik.

Es hat sich als fruchtbar erwiesen, den Blick auf jene subjektiven Faktoren zu lenken, die der plumpe Marxismus der Nachkriegszeit missachtet oder einfach verleugnet hatte. Dies hat nicht nur den Rahmen der politologischen Analyse erweitert, sondern auch dazu beigetragen, dass unterschiedliche theoretische Positionen und methodische Ansätze mit einbezogen oder zumindest in Beziehung zueinander gestellt wurden.

Tatsächlich werden verschiedene Konzepte der politischen Wissenschaften im Begriff „politische Kultur“ zusammengefasst: von den ersten Versuchen, vergleichende Studien durchzuführen, die der Frage nachgehen, warum Länder mit ähnlichen sozioökonomischen Strukturen und politischen Institutionen eine so unterschiedliche politische Verhaltensform aufweisen, bis hin zur Einbeziehung der Politik in einen umfassenderen kulturellen Kontext. Mit letzterem folgte man dem Beispiel der sozialen Anthropologie, die je nach kulturellem Umfeld unterschiedliche Formen der politischen Vergesellschaftung beschreibt

und die die Rezeption des Behaviorismus (Schule von Chicago), der in den dreißiger Jahren den politischen Mikrokosmos aus einer individuellen Sicht darstellte (H. D. Laswell), erleichtert hat.

Das Konzept der politischen Kultur hat einigen bis dato entwerteten oder geächteten Fragen wie die des „nationalen Charakters“ oder des „politischen Stils“ eines bestimmten politischen Führers ihre Legitimation zurückgegeben. Manchmal wurde jedoch auch gesündigt, wenn mit einer exzessiven Psychologisierung verdeutlicht werden sollte, auf welchem ideologischen Bein man hinkte. Aber letztlich hat die Beziehung zwischen nationaler Kultur und politischen Institutionen genauso wenig wie die Frage nach der Stabilität – nicht nur der politischen Institutionen, sondern auch der politischen Kultur – etwas von ihrem ursprünglichen Interesse eingebüßt.

Die Aufmerksamkeit richtete sich von Anfang auf „die politische Kultur der Demokratie“, die G. Almond und S. Verba 1963 in ihrem Buch, das zum Vorreiter wurde, als *civic culture* definiert haben. Der Begriff passte bezeichnenderweise auf die angelsächsische Welt, während „die politische Kultur der mediterranen Welt“, zu der man Italien, Spanien und Griechenland zählte, als Gegenmodell herangezogen wurde: Wo im angelsächsischen Prototyp Integration und Stabilität unterstrichen wurden, galt für den mediterranen Prototyp Aufteilung (*segmentación*) und Instabilität. In den letzten beiden Jahrzehnten haben die kulturellen und politischen Unterschiede zwischen dem angelsächsischen und dem mediterranen Kulturraum abgenommen. Der Begriff der mediterranen politischen Kultur sollte deshalb aber nicht verworfen werden. Man sollte die eigenen Werte der Region, so wie sie sich im Laufe einer langen Geschichte gefestigt haben, positiv in den Vordergrund rücken, statt sich nur negativ über den Kontrast zur angelsächsischen Kulturpolitik zu definieren.

Der Mittelmeerraum war nur zur Zeit des Römischen Imperiums eine kulturell homogene Region. Mit der islamischen Expansion geht diese Einheit verloren. Auf beiden Seiten des *Mare Nostrum* konsolidieren sich zwei Zivilisationen, die christliche und die islamische, die nicht nur verschieden sind, sondern sich auch befehlen. Wenn wir von der „politischen Kultur des Mittelmeerraums“ sprechen und ihr als spezifische Merkmale politisches Misstrauen, starke familiäre und freundschaftliche Bindung, Vorrang des Handels gegenüber der Industrie, etc. zuschreiben, dann beziehen wir uns ausschließlich auf den europäi-

schen und christlichen Mittelmeerraum, der Portugal mit einbezieht, also geographisch gesehen eigentlich atlantisch, aber kulturell „mediterran“ ist, obwohl die politische Kultur der anderen geographisch mediterranen Länder vielleicht gar nicht so unterschiedlich ist.

Heute besteht der Mittelmeerraum aus vier Kulturen, einem römisch-katholischen Teil im Westen, einem griechisch-orthodoxen Teil im Osten, einem jüdischen (dem jüngsten) und schließlich einem islamischen Teil. Die friedliche Entwicklung der Region verlangt die Wiederherstellung der verlorenen Einheit. Die fortschreitende Verflechtung und Abhängigkeit beider Welten, der christlichen und der muslimischen, ist ein Faktor, der immer mehr Bedeutung erlangt und der politische Verhaltensweisen und Werte der Region in seinem gesamten Kontext mit der Zeit verändern muss. So wie auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die politische Stabilisierung der südlichen Länder Europas die unerlässliche Voraussetzung für ein starkes Europa war, so ist die Entwicklung des Islam und die Integration des islamischen Mittelmeerraums die große Herausforderung, die sich Europa in unserem gerade begonnenen Jahrhundert gestellt hat.

Wenn wir Spanien mit Deutschland vergleichen, fällt als erstes auf, dass beide Länder nicht mit dem angelsächsischen Modell übereinstimmen, was uns zu der falschen Annahme führen könnte, dass zwischen den beiden eine Affinität bestünde. Dabei besteht eine Gemeinsamkeit zunächst nur in der mangelnden Übereinstimmung mit dem angelsächsischen Modell. Darüber hinaus sind die Unterschiede offensichtlich. In den folgenden Ausführungen beschränke ich mich auf einen Aspekt, den ich für wesentlich erachte: die unterschiedliche, ja gegensätzliche Beziehung, die beide Länder zum Staat haben.

Ein wesentliches Merkmal, das für die Geschichte Deutschlands bezeichnend ist, ist die Tatsache, dass bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts eine Vielzahl von Klein- und Kleinststaaten aufrechterhalten wurde. Napoleon erklärte 1806 das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ für beendet. Diese Vielfalt an Staaten, „Vielherrschaft“ genannt, was man mit *Polyarchie* übersetzen müsste, hat nach allgemeiner Auffassung den Charakter des zeitgenössischen Deutschlands wesentlich geprägt.

Wir können nicht umhin, auf die vielen keineswegs negativen Spuren hinzuweisen, die die Aufteilung Deutschlands in eine große Anzahl von Kleinstaaten bis heute hinterlassen hat. Schon Goethe sprach sich

für die alte Reichsordnung zu Gunsten einer kulturellen Entwicklung, die durch die Kleinstaaten gefördert wurde, aus. Jeder einzelne Staat hatte Interesse an einer eigenen Universität und einem eigenen Theater. Mit diesen beiden kulturellen Institutionen standen die Staaten untereinander in Konkurrenz, um bedeutende Persönlichkeiten aus dem kulturellen Leben für sich zu gewinnen. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Vielfältigkeit von Kulturzentren scheinen die Voraussetzung für eine schnelle kulturelle Entwicklung zu sein: ein Argument, das in unserer Zeit der Schriftsteller Günter Grass¹ verwendete, um sich seinerzeit für ein weiteres Bestehen der zwei deutschen Staaten auszusprechen.

In Deutschland verlief der politische Prozess im Vergleich zu den anderen führenden Staaten Europas in entgegengesetzter Richtung. Nachdem das Reich mit dem verfrühten Versuch einer politischen Vereinigung gescheitert war und keine Integration großflächiger Territorien erreicht werden konnte, folgte man schließlich dem einfachsten Weg und gab der zunehmenden Tendenz einer wachsenden Zersplitterung der politischen Macht den Vorzug. Während es in England, Spanien und Frankreich die Monarchie verstand, als integrierende Kraft die politische Macht der adligen Großgrundbesitzer nach und nach zu beschränken, gelang es den deutschen Fürsten und übrigen Feudalherren, nicht nur ihre eigenen Rechte und Funktionen beizubehalten, sondern teilweise sogar zu erweitern. Das verhinderte letztendlich, dass sich das Reich zu einem Staat im modernen Sinne entwickelte. Dieser Prozess wurde noch dadurch verstärkt, dass die aufstrebenden Mächte – konkret: Spanien bis zum Westfälischen Frieden im Jahre 1648 und später Frankreich mit Ludwig XIV –, vor allem daran interessiert waren, die Aufteilung Deutschlands in Kleinstaaten aufrecht zu erhalten.

So stoßen wir auf ein bezeichnendes Merkmal Deutschlands: die territoriale Zersplitterung in Klein- und Kleinststaaten als Konsequenz des verlängerten Feudalismus bis ins 19. Jahrhundert. In keinem anderen Teil Europas blühte der Feudalismus mehr als in Deutschland, nirgends hielt er sich so lange. Die Errungenschaft, die diese Zeit wie keine andere charakterisiert, nämlich die Reformation, konnte sich nur mit

¹ Grass, Günter: „Deutschland: eine unvernünftige Wiedervereinigung“ In: *El País*, Madrid, 1990, S. 37.

der Unterstützung der Kleinfürsten durchsetzen. Die Fürsten hatten bereits die Macht des Kaisers auf ein Minimum reduziert und hatten großes Interesse, sich von der Vormundschaft des Papstes zu befreien. Die Reformation trug zur Zementierung der politischen Verhältnisse bei, die zu einem patriarchalischen Absolutismus führen sollten, womit man weiterhin an das herrschaftliche Besitztum gebunden blieb und sich die Lehnsherrschaft über die Landbevölkerung und über einen Teil der Stadtbevölkerung erhielt.

Aus dieser starken Zersplitterung resultiert an erster Stelle eine ungeheure Rückständigkeit in der politischen Entwicklung. Denn wenn wir als Fortschrittskriterium die Existenz eines Staates voraussetzen, der groß genug ist, um einen Binnenmarkt zu organisieren, und stark genug, um im Inneren Privilegien und Monopole bestimmter Personen und Gruppen aufzuheben, und sich gleichzeitig nach außen hin gegenüber anderen Staaten behaupten kann, dann muss man sagen, dass Deutschland, gemessen an diesen Kriterien, zu Beginn des 19. Jahrhunderts politisch rückständig war.

Damit muss man ein zweites Merkmal in Verbindung bringen: Die politische Rückständigkeit war sowohl Ursache wie Folge einer beachtlichen wirtschaftlichen und sozialen Rückständigkeit im Vergleich zu Frankreich und England, jenen beiden Großmächten Europas, die seit dem 18. Jahrhundert den Lauf der Geschehnisse bestimmten. Die Tatsache, dass Deutschland nach dem Sieg im Jahre 1815 erneut eine Teilung in eine Vielzahl von Staaten vornimmt (wenn diese auch geringer als in der Zeit davor ausfällt), ohne dass es auf großen Widerspruch außer bei einigen wenigen Intellektuellen² stößt, ist ein klarer Beweis für den bescheidenen Grad an wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung dieser Zeit. Deutschland war also nicht nur ein politisch zersplittertes Land, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich rückständig, zwei Merkmale, die sich gegenseitig noch verstärkten.

Das dritte Merkmal ist wirklich erstaunlich: Das kulturelle Leben erlag nämlich nicht, was ja im Zusammenhang von politischen und sozioökonomischen Rückständen zu erwarten wäre. Im Gegenteil, in der

² Unter den bedeutendsten : Ernst Moritz Arndt (1769–1860) und Heinrich Luden (1780–1847).

zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts weist das in kleinste politische Teile zerstreute Deutschland die Fähigkeit auf, sich auf wissenschaftlichem Gebiet zu behaupten. Mit der Aufarbeitung der englischen und französischen Aufklärung auf äußerst „originelle“ Art und Weise entsteht ein einmaliges Potential für das musikalische, philosophische, wissenschaftliche und literarische Schaffen. Das Goldene Zeitalter der deutschen Kultur fällt mit einer Epoche politischen Verfalls, wirtschaftlicher Mittelmäßigkeit und gesellschaftlichen Stillstands zusammen.

In Wirklichkeit sollte uns das Auseinanderklaffen von politischer, sozioökonomischer und kultureller Dimension nicht so erstaunen, da uns ja weitere Beispiele kulturellen Auflebens in Zeiten der Knappheit und des Niedergangs bekannt sind. Dies zeigt die relative Unabhängigkeit dieser drei Ebenen von einander. Dass der kulturelle Fortschritt dem politischen und dem wirtschaftlichen vorangeht und damit den Verlauf der letzteren bestimmt, betrachtet man als Besonderheit Deutschlands, womit letztlich einige zentrale Aspekte der so genannten „deutschen Frage“ dargelegt wären.

Hier stoßen wir auf einen zentralen Begriff, den „Sonderweg“, den Deutschland zur Modernisierung ging, eine Vorstellung, die viel Spielraum und vor allem Anlass zur Kritik gab. Der Sonderweg würde einerseits Aspekte der deutschen Frage erklären, andere Aspekte dagegen wären umgekehrt durch ihn erst angestoßen worden. Die Begriffe „deutsche Frage“ und „Sonderweg“ verbinden sich im Laufe der Geschichtsschreibung als Ursache und Folge des gleichen Prozesses der besonderen Form der Modernisierung.

Von der Besonderheit Deutschlands zu sprechen setzt voraus, über ein Modell zu verfügen, anhand dessen man seine Verschiedenheit illustrieren kann. Ausgerechnet Karl Marx war es, der aus dem zu jenem Zeitpunkt politisch und wirtschaftlich fortschrittlichsten Teil Deutschlands, dem Rheinland, kam, der die theoretischen Grundlagen für eine Analyse der deutschen Realität schuf, indem er dem englischen Kapitalismus Modellcharakter zusprach; er ging so weit, dass für ihn die Zukunft aller anderen Länder in dessen Nachahmung bestand. Dies erlaubte es ihm, die Unterentwicklung Deutschlands in wirtschaftlicher Hinsicht festzustellen. Die Französische Revolution habe dagegen das politische Modell für den Eintritt in die Bürgerliche Gesellschaft geschaffen. Dass dieser in Deutschland nicht stattfand, bewiese den poli-

tischen Rückstand. Geht man von diesen beiden Modellen aus, dem englischen Kapitalismus und der Französischen Revolution, liegt der Kern der deutschen Frage in der verspäteten kapitalistischen Industrialisierung, die wiederum auf die nicht rechtzeitig durchgeführte bürgerliche Revolution zurückzuführen ist. Für Marx bestand die deutsche Frage im Wesentlichen in der Verspätung der bürgerlichen Revolution. Die deutsche Revolution, die sich am Horizont abzeichnete, hätte für Marx schon dieses Stadium der bürgerlichen Revolution überspringen müssen, um sich als erste proletarische Revolution zu realisieren. In einem Jugendtext, der in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern (1843-44) mit dem Titel *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* veröffentlicht wurde, schrieb Marx:

In Deutschland ist die Emanzipation vom Mittelalter nur möglich als die Emanzipation zugleich von den teilweisen Überwindungen des Mittelalters. In Deutschland kann keine Art der Knechtschaft gebrochen werden, ohne jede Art der Knechtschaft zu brechen. Das gründliche Deutschland kann nicht revolutionieren, ohne von Grund aus zu revolutionieren. Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation der Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat.³

Der lang anhaltende Feudalismus in Deutschland ist ein wesentliches Merkmal, das nur dann als solches spürbar wird, wenn es der entgegengesetzten Entwicklung entsprechender Länder wie Spanien, Großbritannien und Frankreich gegenüber gestellt wird: Die Absolute Monarchie förderte die nationale und territoriale Integration derer, die schließlich die modernen Nationalstaaten bilden.

Hat sich der Feudalismus in Deutschland zu lange gehalten, so liegt Spaniens Problem nach Ortega y Gasset genau im Gegenteil, der angeborenen Schwäche und baldigen Ohnmacht des Feudalismus auf der Iberischen Halbinsel. Deutschlands Geschichte stimmt aufgrund seines politisch resistenten Feudalismus nicht mit dem europäischen Modell überein. Spaniens Geschichte divergiert ihrerseits vom Modell Europas

³ „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ in: Karl Marx: *Die Frühschriften*, Stuttgart 1953, S. 224.

wegen seiner Schwäche und frühen Umwandlung zur Absoluten Monarchie, die durch die frühe Bürokratisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens eine freie Entfaltung des Landes verhinderte.

Der politischen Zersplitterung entspricht ein weiterer entscheidender Charakterzug, nämlich das Bewusstsein, eine Nation zu sein, mehr noch: entscheidend zur Idee der Nation beigetragen zu haben, lange bevor Deutschland zu einem Staat wurde. Herder und Fichte formulierten mit Schärfe und Radikalität die romantische Idee der Nation und beeinflussten damit auf entscheidende Art und Weise das Erwachen des nationalistischen Gedankenguts Europas. Herders Einfluss auf das nationale Bewusstsein in der slawischen Welt ist wohl bekannt. Weniger geläufig, aber nicht weniger bedeutend ist auch seine Wirkung auf Katalonien. Deutschland ist als „verspätete Nation“ bezeichnet worden. *Die verspätete Nation* ist der Titel des bekannten Buches von Helmut Plessner⁴, auch wenn man eigentlich sagen müsste, dass es der Staat war, der verspätet war. Denn die deutsche Nation hatte sich vor dem deutschen Staat gebildet. Dieser entstand nicht nur zu spät, sondern auch auf eine Weise, dass die Verspätung nicht aufgeholt werden konnte, bzw. so, dass für die bei der Entstehung genommenen „Abkürzungen“ ein hoher Preis gezahlt werden musste.

In Deutschland existierte also zuerst die Idee einer deutschen Nation, dann erst, nach Überwindung enormer Hindernisse, gelang es, einen deutschen Staat zu errichten. Die führenden Mächte Europas hingegen, im 16. Jahrhundert Spanien, im 17. Jahrhundert Frankreich und im 18. Jahrhundert das Vereinigte Königreich von Großbritannien, erreichten die politische Vereinigung lange vor einem nationalen Bewusstsein im heutigen Sinne. In diesen Ländern ging der Staat der Nation voraus.

In Großbritannien und Frankreich verschmolzen dank der Revolutionen (der Engländer von 1640 bis 1688 und der Französischen von 1789 bis 1814, die schließlich im napoleonischen Staat, für Hegel in gewisser Weise Paradigma des modernen Staates, erstarrte) Staat und

⁴ Plessner, Helmut (1935: *Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes*. Zürich.

Nation miteinander und gaben dem nationalen Staat seinen Ursprung. In Spanien hingegen gelang es trotz einiger verspäteter Versuche weder, die liberale Revolution durchzuführen, noch die daraus folgende Entfaltung einer modernen Gesellschaft zu ermöglichen. Spanien erlebte in dieser Zeit einen „Kurzschluss der Moderne“, wie Claudio Sánchez Albornoz es ausdrückt, und etablierte weder einen Kapitalismus, der in der Lage war, eine Industrialisierung durchzuführen, noch einen modernen Staat, der ausreichend effizient gewesen wäre, um einen solchen Prozess zu unterstützen. Erst später, 1898, mit dem zu verschmerzenden Verlust der letzten Kolonien, entwickelte sich im Baskenland und in Katalonien eine separatistische Eigendynamik, die trotz des Fortschritts, den der spanische „Autonomien-Staat“ (*Estado de las Autonomías*) bedeutete, bis heute nicht beendet ist.

Ob die Nation dem Staat vorangeht wie im Falle Deutschlands oder, wie im umgekehrten Falle Spaniens, der Staat der Nation, stellt einen wichtigen Unterschied dar, der folgenreich ist. Angenommen, der Staat bildet sich zuerst, dann begünstigt die Bindung verschiedener Territorien an eine Krone langfristig eine gemeinsame öffentliche Verwaltung, die soziale Verhaltensmuster vereinheitlicht, was wiederum nationale Zugehörigkeitsgefühle verursacht. Dies ist der Fall der Iberischen Halbinsel und ihrer amerikanischen Kolonien, einer Welt, in der es angemessen ist, von einer „Staatsnation“ zu sprechen, in Anlehnung an den Begriff *state-nation*, den Edmund S. Glenn verwendete, um diese Rangfolge zu betonen.⁵ Die ethnische Identität einiger Völker kann sich aber auch der nationalen Angleichung in einer neu gegründeten „Staatsnation“ widersetzen, sodass sowohl ein multinationaler Staat (Spanien) als auch die Tendenz zur Teilung in eine Vielzahl von Staaten (Hispanoamerika) entstehen kann.

Dagegen müsste man von einem „Nationenstaat“ (*Nación-Estado*) sprechen, in Anlehnung an Glenns Begriff *nation-state*, wenn sich das Bewusstsein, eine Nation zu bilden, vor der Staatenbildung entwickelt hat. So schwer der Prozess der politischen Einigung auch gewesen sein mag, und so viele Schwierigkeiten und Herausforderungen überwun-

⁵ Für die Unterscheidung von *state-nation* und *nation-state*, siehe Glenn, Edmund S.: „The Two Faces of Nationalism“. In: *Comparative Political Studies*, 3/1970, S. 347–366.

den werden mussten, der „Nationenstaat“ zielt doch immer darauf ab, eine von der Nation herbeigesehnte politische Einheit zu erreichen, obwohl er sich bedingt durch äußere Einflüsse in mehrere Staaten unterteilt oder sich in Form eines Föderalstaates organisiert. Während in einer „Staatsnation“ die Kraft von innen heraus, also zentrifugal wirkt, ist es im „Nationenstaat“ eine Zentripetalkraft. Hierin liegt der Hauptunterschied zwischen Spanien und Deutschland. Elementares Merkmal Deutschlands ist die volle Entwicklung der Idee der Nation lange vor der Bildung eines Staates, was zum Teil die Tendenz erklärt, sich so viele Male, wie es notwendig war, vereinigt zu haben. Dagegen tritt Spanien als Staat früh auf, aber mit besonderen Merkmalen, die die Modernisierung nicht ermöglichen, sodass die gesellschaftliche Dynamik zum Widerstand gegen diesen rückständigen Staat wird.

Man erzählt, dass während der Diktatur von Primo de Rivera Ramón del Valle-Inclán in einem Café saß, als sich ihm ein Herr näherte, das Revers seiner Jacke hochklappte, um ihm seine Plakette zu zeigen und lapidar „Polizei!“ sagte. Der aufgeklärte Dichter soll daraufhin geantwortet haben: „Und das sagen Sie einfach so, ohne sich zu schämen?“. Diese Anekdote ist typisch für den Kulturraum des Mittelmeers, wo man dem Staat gegenüber immer misstrauisch ist, mit dem man so wenig Kontakt wie möglich wünscht, gegen den sich das Volk zu verbünden neigt, sobald sich die Möglichkeit dazu bietet. Das wäre undenkbar in Deutschland, wo die staatlichen Institutionen nicht nur ein großes Ansehen, sondern fast schon Autorität haben. Dieses gegenläufige Verhältnis zum Staat, das die politische Kultur Deutschlands und Spaniens prägt, sei es nun positiv oder negativ, hat wichtige Konsequenzen in allen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Und das prägt die politische Kultur beider Länder wiederum entscheidend. Dies macht der Geschichtsverlauf deutlich, in dem sich der über Jahrhunderte herbeigesehnte Staat in Deutschland zu spät konsolidiert, während er in Spanien zu früh und mit monarchistisch-katholischen Merkmalen gebildet wird und damit die freie gesellschaftliche Entfaltung zu einem guten Teil verhindert.

Die siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts stehen für eine Zeit des schnellen Wechsels innerhalb der spanischen Gesellschaft mit der entsprechend großen Wirkung auf die Wertvorstellungen. Es herrscht weitgehend Einigkeit hinsichtlich der Art der Veränderungen und ihrer Reichweite so wie der Geschwindigkeit, mit der sie sich voll-

zogen. Im Folgenden liste ich die bedeutendsten Werteveränderungen auf, um anschließend eine Einschätzung ihrer Auswirkung auf Einstellungen, Überzeugungen und politisches Verhalten, die schließlich die jetzt gültige politische Kultur ausmachen, abzugeben.

Die sechziger und die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind zwei Jahrzehnte von elementarer Bedeutung in der neueren Geschichte Spaniens. In dieser Zeit haben sich die wichtigsten Veränderungen der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts vollzogen. In den sechziger Jahren macht Spanien einen großen Sprung und wandelt sich von einer unterentwickelten, noch hauptsächlich ländlichen zu einer industriellen und urbanen Gesellschaft. In den achtziger Jahren festigt sich nicht nur das wirtschaftliche Wachstum, die Modernisierung weitet sich über den Bereich der Produktion hinaus auf Politik, Gesellschaft und Kultur aus.

Drei Punkte müssen berücksichtigt werden:

(1) Die Revolution auf dem Gebiet der Gleichberechtigung der Frau, die eine Angleichung der Rechte erzielt und durch eine erhöhte Integration auf dem Arbeitssektor einen bis vor kurzem unvorstellbaren Grad an Unabhängigkeit ermöglicht. Die eindeutigste Folge dieser Veränderung ist der Rückgang der Geburtenrate, der Spanien sogar weltweit auf die letzten Ränge platziert. Ein Nebeneffekt, der das soziale und kulturelle Ungleichgewicht Spaniens zeigt, eines Landes, in dem eine grundlegende Revolution in so kurzer Zeit durchgeführt wurde, ist, dass der hohe Grad an Gewalt in der Ehe plötzlich an die Oberfläche kam. Nicht, dass sie vorher nicht existiert hätte. Sie war aber nicht sichtbar, da sie von den traditionellen Wertvorstellungen überdeckt wurde.

(2) Die Konsolidierung der Demokratie mit der entsprechenden Angleichung der Wertvorstellungen. Mehr als 80 Prozent der Spanier ziehen die Demokratie jedem anderen politischen System vor. Es ist noch nicht ausreichend darauf hingewiesen worden, dass im Übergang zur Demokratie, während der von Adolfo Suárez ermöglichten *transición*, Spanien einen Militärputschversuch erlitt. Ein weiterer war geplant für den 28. Oktober 1982, dem Tag der vorgezogenen Wahlen, an dem die Sozialisten (*Partido Socialista Obrero Español*) die Mehrheit erhielten. Die Tatsache, dass eines der alten Probleme, die Spanien seit dem 19. Jahrhundert mit sich schleift, vom spanischen Horizont verschwunden ist, nämlich die Einmischung des Militärs, der *Fuerzas Armadas*, in die nationale Politik, ist als solche ein historischer Meilenstein, der das

Land in die Lage versetzt, sich all den vielen Problemen zu stellen, die der Aufbau materieller Infrastruktur, Bildung und Kultur, die Anpassung an eine moderne Industriegesellschaft und die gesellschaftliche und demokratische Entwicklung mit sich bringen.

(3) Der Eintritt in die Europäische Gemeinschaft. Der 1. Januar 1986 ist ein besonderer Tag in der jüngsten Geschichte Spaniens. Mit der Erfahrung der letzten fünf Jahre stellt keiner mehr in Frage, dass die Zugehörigkeit zur Europäischen Union einen entscheidenden Hoffnungsfaktor darstellt. Die verschiedenen Regionen fühlen sich alle sehr europäisch, wobei einige sogar mehr oder weniger ausgeprägt ihre Zugehörigkeit zum Spanischen, ihre *españolidad* anzweifeln, was Spanien vielleicht sogar zu dem Mitgliedsland macht, das am meisten europäische Berufung und am wenigsten inneren nationalen Halt hat.

Die Veränderungen der Mentalität und Verhaltensformen der Spanier hängen ohne Zweifel mit dem Zusammenwirken der genannten drei Faktoren zusammen: der Emanzipation der Frau, der Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft sowie der Integration Spaniens in Europa. Das Ergebnis ist eine Annäherung Spaniens an das gemeinschaftliche Europa und seine Übereinstimmung mit ihm.

Es wäre ein leichtes, die Liste an Mentalitätsveränderungen fortzuführen, die Änderungen in der politischen Kultur der Spanier mit sich gebracht haben. Es hat sich z.B. grundlegend das Verhältnis der Spanier zur Katholischen Kirche geändert. Die Zahl derer, die sich als katholisch betrachten, ist auf 86 Prozent gesunken und derer, die angeben, keinen Glauben zu haben, auf 13 Prozent gestiegen. Der Prozentsatz ist sogar noch niedriger, wenn es um die Frage nach dem Glauben an Gott geht (80 Prozent), und viel geringer bei der Frage nach dem Leben nach dem Tod (42 Prozent). Spanien ist nach wie vor ein katholisches Land, da sich die Mehrheit mit dieser Religion identifiziert. Für einen Teil der Spanier, der immerhin knapp über 20 Prozent liegt, kann die kirchliche Hierarchie aber dennoch keine Verhaltensdogmen und Richtlinien durchsetzen. Die wachsende Distanz der höchsten gesellschaftlichen Kreise zur Religion stellt einen neuen und genau zu beachtenden Faktor dar. Die gesellschaftliche und politische Führung braucht die Religion nicht mehr, um sich zu legitimieren, was einerseits die einflussreichen Klassen von der Unterstützung der Kirche unabhängig macht und andererseits die kirchlichen Institutionen vom direkten Einfluss von oben befreit. Und die katholische Kirche gewinnt umso mehr An-

erkennung und schwächt die radikalsten Gegenpositionen umso mehr, je undogmatischer und je persönlicher sie sich zeigt. Der wütende Antiklerikalismus einer nicht weit zurückliegenden Zeit zeigt jetzt schon Verfallserscheinungen. An der Religiosität gemessen nimmt Spanien innerhalb Europas unter den religiösesten Ländern (Portugal, Griechenland und Irland) und den weniger religiösen (Deutschland, Frankreich und Holland) eine mittlere Position ein.

Auf die Frage also, ob die katholische Kirche nach wie vor eine der wichtigsten Kräfte in der Politik und Gesellschaft des Landes ist, lautet die Antwort, dass der politische Einfluss der Kirche begrenzt ist, auch wenn er größer als der gesellschaftliche ist. Das verursacht nach wie vor ungläubige Überraschung. Früher wurde Spanien wegen seines autoritären Charakters und seiner politisch-gesellschaftlichen Verstrickung mit dem Katholizismus als ungeeignet für die Demokratie angesehen. Ein überholtes Bild, das man allerdings noch immer anstattweise in Deutschland vorfindet.